

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 578/2017 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag des
Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2018 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“,
betreffend das Sozialbudget**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/411625/7670/001 „Beiträge an private Rechtsträger zum laufenden Aufwand; Förd. v. Ausbildungseinrichtungen“ im Teilabschnitt 1/41162 „Soziale Dienste; Sonstiges“ veranschlagte Betrag von 3.001.600 Euro wird auf 3.571.680 Euro erhöht.
2. Der in der Voranschlagstelle 1/419228/7280/002 „Entgelte an Vertragsanstalten; Berufliche Qualifizierung“ im Teilabschnitt 1/41922 „Oö. Chancengleichheitsgesetz; Arbeit und fähigkeitsorientierte Aktivität“ veranschlagte Betrag von 7.879.400 Euro wird auf 8.830.605 Euro erhöht.
3. Der in der Voranschlagstelle 1/419238/7280/001 „Entgelte an Vertragsanstalten; Wohnen in Einrichtungen“ im Teilabschnitt 1/41923 „Oö. Chancengleichheitsgesetz; Wohnen“ veranschlagte Betrag von 213.529.300 Euro wird auf 228.102.700 Euro erhöht.
4. Der in der Voranschlagstelle 1/419505/7670/002 „Beiträge an private Rechtsträger, Begleitpersonen in Schulbussen“ im Teilabschnitt 1/41950 „Oö. Chancengleichheitsgesetz; Förderungen“ veranschlagte Betrag von 1.400.000 Euro wird auf 1.575.000 Euro erhöht.
5. Der in der Voranschlagstelle 1/429915/7670 „Beiträge an private Rechtsträger zum laufenden Aufwand“ im Teilabschnitt 1/42991 „Freie Wohlfahrt; Beschäftigungspakt“ veranschlagte Betrag von 5.808.000 Euro wird auf 7.623.000 Euro erhöht.
6. Der in der Voranschlagstelle 1/439659/7670 „Beiträge an private Rechtsträger zum laufenden Aufwand“ im Teilabschnitt 1/43965 „Förderung und Entlastung; Beratung und Hilfe in belasteten Familiensituationen“ veranschlagte Betrag von 630.000 Euro wird auf 2.730.000 Euro erhöht.
7. Dementsprechend werden die in der Gruppe 7 veranschlagten Ausgaben für Wirtschaftsförderung (insbesondere nicht rückzahlbare Zuschüsse an Unternehmen, wie etwa für Marketingmaßnahmen) um 20.184.685 Euro gekürzt.

Begründung

Im Jahr 2015 wurde zwischen dem damaligen Landeshauptmann Josef Pühringer, der damaligen Soziallandesrätin Gertraud Jahn, der IVS sowie den Gewerkschaften ein Budgetpfad für das Sozialressort vereinbart. Diese Vereinbarung sah eine jährliche Steigerung des Sozialbudgets (inklusive Nachtragsvoranschlag) um 5% vor, welche von der Oö. Landesregierung am 24. Oktober 2016 einstimmig beschlossen und am 6. April 2017 nochmal von Landeshauptmann Thomas Stelzer unterschrieben wurde. Laut Vereinbarung hätte das Sozialbudget im Jahr 2018 ein Volumen von 580,7 Millionen Euro umfasst. Tatsächlich stellt Landeshauptmann Stelzer dem Sozialbereich im Jahr 2018 lediglich 560,5 Millionen Euro zur Verfügung, also um 20,2 Millionen Euro weniger als vereinbart. Die Dotation der oben genannten Voranschlagsstellen kompensiert diese Kürzungen.

Linz, am 05. Dezember 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Binder, Müllner, Punkenhofer, Rippl, Bauer, Schaller, Peutlberger-Naderer, Krenn, Promberger, Makor, Weichsler-Hauer